*

Netzwerk gegen Rechtsruck

Junge Gewerkschafter_innen aus Ostmitteleuropa koordinieren sich

Von Peter Nowak

»Still loving Solidarity« und »We are buildung the Future« steht auf den Schildern, die etwa 100 meist junge Gewerkschafter_innen in die Höhe hielten. Das Gruppenfoto dauerte nur wenige Minuten. Dann wurden die Schilder wieder zur Seite gelegt. Schließlich ließ das Konferenzprogramm des europäischen Netzwerks junger Gewerkschafter_innen CEYTUN wenig Zeit für aktivistische Einlagen. Darin koordinieren sich Gewerkschafter_innen aus Tschechien, Ungarn, Deutschland, Österreich, Slowakei und Polen. Gegründet wurde das Netzwerk mit Unterstützung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, um junge Menschen in Ostmitteleuropa für gewerkschaftliche Funktionen zu schulen. Zum fünfjährigen Bestehen wurde nun in Berlin Bilanz gezogen.

Liina Carr aus Belgien, die für den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) arbeitet, zeichnete ein düsteres Bild über die Situation der Gewerkschaften in den osteuropäischen Ländern. Sie sprach von starken Einbrüchen bei der Mitgliedschaft. Vor allem in Sektoren, in denen oft junge prekäre Lohnabhängige beschäftigt sind, seien Gewerkschaften oft nahezu unbekannt. »Wenn sich dieser Trend fortsetzt, droht eine Tradition der solidarischen Kultur der Arbeiterbewegung verloren zu gehen«, warnt Carr.

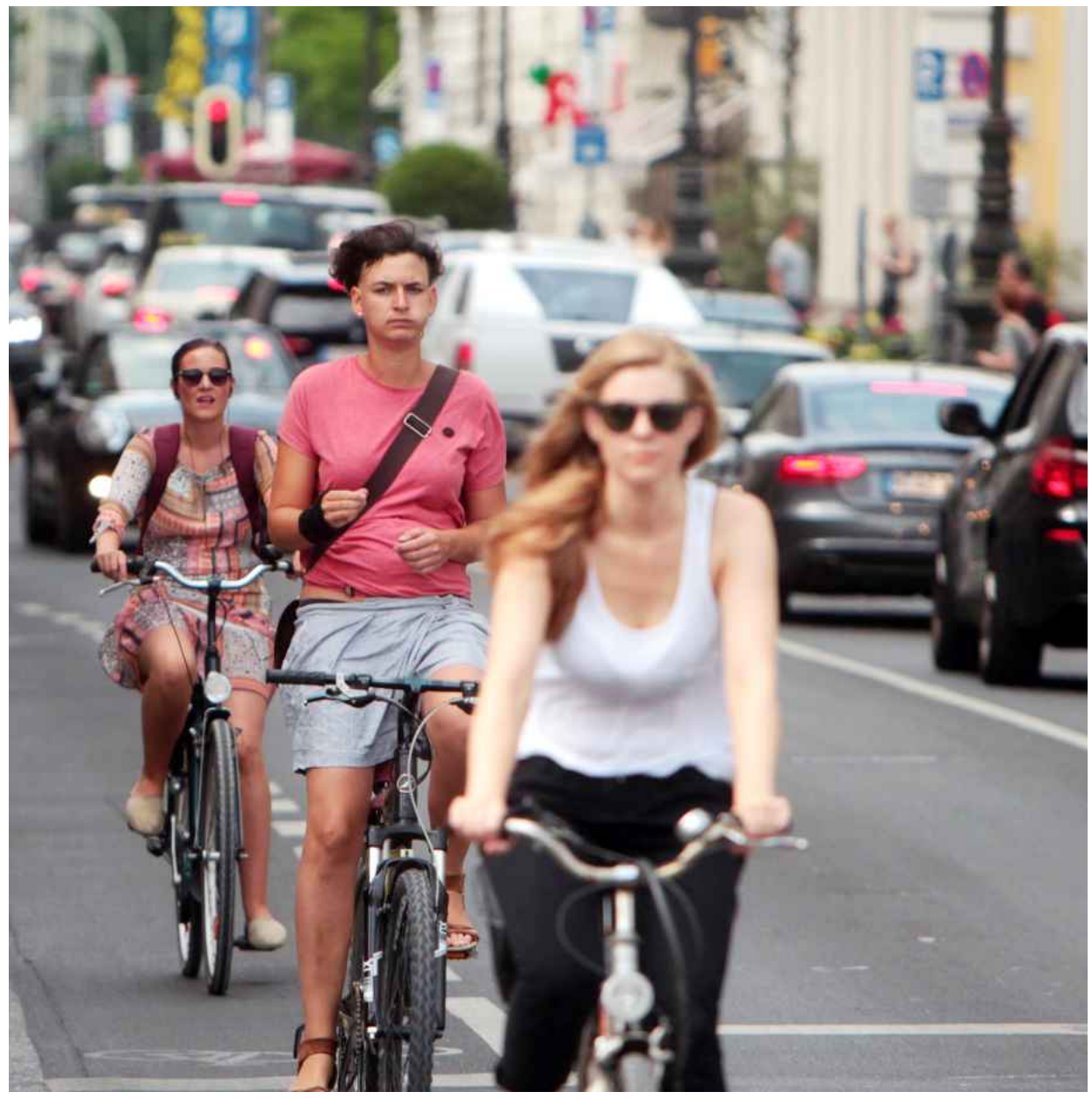
CEYTUN will genau das verhindern. Neben der sozialen Gerechtigkeit sind eine proeuropäische Positionierung und der Widerstand gegen Rechtspopulismus Grundlagen des Netzwerkes. Für Victoria Nagy aus Ungarn ist faire Mobilität eine zentrale Forderung. Schließlich arbeiten viele junge Menschen aus Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei in Westeuropa zu oft schlechten Konditionen. Die jungen Gewerkschafter_innen setzen sich dafür ein, dass in den Ländern das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt. Probleme ihrer Arbeit kamen nur am Rande zur Sprache, etwa dass die proeuropäische Haltung eher bei jungen Leuten mit Hochschulabschluss auf Zustimmung stößt, nicht aber bei Lohnabhängigen ohne akademische Ausbildung.

Fahrrad statt Auto

Ein Bündnis um den Wissenschaftler Peter Grottian fordert die Verkehrswende

Autos verschmutzen nicht nur die Luft, sie nehmen gerade in den Städten auch viel wertvollen Raum ein, der anders besser genutzt werden könnte. Andere Verkehrsmittel sind da ökonomischer.

Von Simon Poelchau



Manchmal kommt man in der Innenstadt schneller mit dem Fahrrad voran als mit dem Auto. Foto: imago/Ralph Peters

Für Peter Grottian werden rund um den Diesel-Abgasskandal nur Scheindebatten geführt. Ihm zufolge sollte es nicht darum gehen, ob gegen Ex-VW-Chef Martin Winterkorn in den USA ein Haftbefehl vorliegt oder Audi-Chef Rupert Stadler in Untersuchungshaft bleibt. »Wir brauchen eine andere öffentliche Diskussion«, fordert der streitbare Sozialwissenschaftler und Urgestein der Bewegungslinken. Für ihn geht es beim Dieselskandal um mehr, nämlich um die Frage nach einer ökologischen Verkehrswende.

Um diese in der öffentlichen Diskussion ins Spiel zu bringen, hat Grottian zusammen mit anderen Sozialwissenschaftlern, Mobilitätsexperten und Vertretern von Umwelt-, Verkehrs- und Bürgerrechtsverbänden ein Bündnis geschmiedet. Mit dabei sind unter anderem der Münchner Soziologe Stefan Lessenich sowie die beiden Mobilitätsforscher Weert Canzler und Stephan Rammler. Gemeinsam wollen sie am 20. Juli in Stuttgart eine Demonstration und ein Hearing zu den Alternativen der Verkehrswende organisieren.

Zwar konnten die Umweltverbände Grottian zufolge in der Debatte um den Dieselskandal und Fahrverbote mit guten Analysen aufwarten und auch die Deutsche Umwelthilfe habe mit ihren Klagen auf dem juristischem Gebiet »Bahnbrechendes« geleistet, doch fehle der Zivilgesellschaft alles in allem der nötige Biss. »Die Verkehrswende-Debatte hatte eine kurze Blüte, zur Zeit findet ein Begräbnis 3. Klasse statt, das die Öffentlichkeit und Opposition ohne erkennbaren Widerstand in fast grenzenloser Hinnahmebereitschaft maulend akzeptiert«, schreiben Grottian und seine Mitstreiter in ihrer Charta »Verkehrswende 2018«, die sie am Dienstag in Berlin vorstellten.

Darin fordern sie neben der schonungslosen Aufarbeitung des Diesel-Abgasskandals und einem klimaneutralen Verkehrsbereich vor allem einen »Abschied vom Autowahn«. Denn mittlerweile fahren über 46 Millionen Autos über Deutschlands Straßen, was für den Mobilitätsforscher Weert Canzler eine Verschwendung ist. »Es gibt einfach zu viele Autos und daran leiden vor allem die Städte«, sagt er. So verstopfen die Pkw nicht nur die Straßen und verschmutzen dabei die Luft, meist stehen die Karossen am Straßenrand oder in der Garage und nehmen in den Städten viel wertvollen Raum ein, der anderweitig besser genutzt werden könnte.

Grottian und Co. haben bereits einige Ideen, wie Politik und Wirtschaft zur Verkehrswende beitragen könnten: Neben der konsequenten Einhaltung von Grenzwerten bei Schadstoffemissionen sowie einer flächendeckenden und obligatorischen Parkraumbewirtschaftung fordern sie ein Ende der Dieselsubventionen und des Dienstwagenprivilegs. Außerdem sollen Fahrradwege ausgebaut und der öffentliche Verkehr billiger werden. Beim öffentlichen Nahverkehr schwebt ihnen die flächendeckende Einführung des »Wiener Modells« vor. In der österreichischen Hauptstadt kostet das Jahresticket für den öffentlichen Nahverkehr nämlich nur 365 Euro, also ein Euro pro Tag.

Dass auch die Deutsche Bahn als staatseigener Konzern etwas für die Verkehrswende tun könnte, zeigten Grottian und seine Mitarbeiter in einer kleinen Aktion am Dienstagmorgen. Im Berliner Hauptbahnhof dankten sie der Bahn mit einem Transparent vor dem ICE Richtung München ironischerweise für die Halbierung ihrer Fahrpreise, was der Konzern natürlich bisher nie getan hat. Stattdessen hebt die Bahn ihre Ticketpreise in regelmäßigen Abständen an, so dass so manch eine Zugfahrt schnell zu einem sehr teuren Vergnügen werden kann.

Dass ihre Ideen nicht unrealistisch sind, zeigen den Verkehrswende-Aktivisten zufolge neben Wien auch andere Städte wie Kopenhagen oder Utrecht. »Dort spielen das Fahrrad oder der Öffentliche Verkehr die erste Geige«, meint Canzler. Der öffentliche Raum werde da vielfältig genutzt, die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger sei so hoch wie nie zuvor. »Gleichzeitig gehören diese Städte zu den Spitzenreitern in allen Vergleichen, in denen es um Aufenthaltsqualität und damit letztlich um Attraktivität geht.«

Was den Mobilitätsforscher aber vor allem optimistisch stimmt, ist, dass es derzeit in den Großstädten dieses Landes schon mit großen Schritten voran geht. Canzler beobachtet nämlich eine Entwicklung von einer »monomodalen Autonutzung hinzu einer multimodalen Präferenz, bei der ganz unterschiedliche Verkehrsmittel für die täglichen Wege verwendet werden«. Allein in Berlin habe sich die Zahl der Fahrradfahrer zwischen 2005 und 2015 verdoppelt, führt er als Beleg an. Zusammen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Sharingangeboten und Fußwegen sei damit die »Verkehrswende in den großen Städten bereits eingeleitet«.

Rücktritt in Niedersachsen

LINKE-Vorsitzende zieht sich aus Zeitgründen zurück

Von Hagen Jung

Die Vorsitzende des LINKEN-Landesverbandes Niedersachsen, Pia Zimmermann, ist überraschend von diesem Amt zurückgetreten. Sie begründet diesen Schritt mit dem hohen zeitlichen Aufwand, den ihr das Engagement als pflegepolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag abfordere. Die Politikerin war 2013 ins Bundesparlament und im März 2017 neben Anja Stoeck an die Spitze der Linkspartei im zweitgrößten Bundesland gewählt worden.

»Der Bereich Pflege wird zunehmend größer und spielt eine immer wichtigere Rolle auf der politischen Bühne«, so Zimmermann gegenüber »nd«. Mit der inner- und außerparlamentarischen Arbeit für diesen Bereich sei eine große Verantwortung verbunden, gelte es doch, die Interessen der Betroffenen und deren Angehörigen wahrzunehmen und der Öffentlichkeit darzustellen. Entsprechende Aktionen, Aktivitäten im Bundestag sowie das Knüpfen und Ausweiten von Kontakten zu Sozialverbänden und zu Menschen, die der Pflege bedürfen – all das binde enorm viel Zeit, gibt die Abgeordnete zu bedenken.

»Wenn man parallel dazu eine Landespartei mit anführen muss, dann wird die Zeit sehr knapp«, sagt Pia Zimmermann. Weil ihr aber die Landespartei ausgesprochen wichtig sei, müsse jemand her, »der oder die in puncto Zeit mehr Kapazitäten hat als ich«.

Zwar werde nun spekuliert, ob es vielleicht auch andere, womöglich parteiinterne Probleme gibt, die zum Rücktritt vom Landesvorsitz geführt haben könnten, aber das sei nicht der Fall, bekräftigt die Politikerin. Gewiss, es gebe mal »unterschiedliche Vorstellungen« innerhalb der LINKEN, aber darüber werde dann diskutiert, »und danach haben wir dann gemeinsame Beschlüsse gefasst«, berichtet Zimmermann. Bei solchen Meinungsverschiedenheiten sei es jedoch nie um »Überwältigendes« gegangen, und schon gar nicht seien sie Auslöser für ihren Rücktritt gewesen.

Eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger soll am 8. September auf dem Landesparteitag in Oldenburg gewählt werden. Interessiert an der Position, so war zu erfahren, ist Lars Leopold aus Eime im Kreis Hildesheim. Er ist bereits Beisitzer im Landesvorstand der Niedersachsen-LINKEN.

Impuls von der Straße

Mit Warnstreiks und Demonstrationen wenden sich Beschäftigte gegen den Pflegenotstand

Nicht nur in Homburg und Düsseldorf streiken derzeit Klinikbeschäftigte für mehr Personal. Noch lieber als ein Tarifvertrag wäre ihnen ein Gesetz. Dafür wird bei den Gesundheitsministern Druck gemacht.

Von Ulrike Henning

Wenn sich ab Mittwoch die Gesundheitsminister der Bundesländer in Düsseldorf treffen, werden zeitgleich Tausende Kranken- und Altenpflegerinnen in der Landeshauptstadt auf die Straße gehen. Aufgerufen von der Gewerkschaft ver.di fordern sie bundesweit gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung in Krankenhäusern und Altenheimen. Es geht um eine spürbare Entlastung.

Die Aktionen der Pflegekräfte beschränken sich aber nicht auf diese Demonstration. In einen zweitägigen Warnstreik treten wollen Mitarbeiter des saarländischen Universitätsklinikums in Homburg, bewegt sich auch dann nichts, drohen sie mit einem unbefristetem Ausstand. Seit 2015 fordern sie Tarifverträge zur Entlastung, aber auch Unterstützung aus der Politik. So sollen personelle Mindestvorgaben in den Krankenhausplan des Bundeslandes aufgenommen werden. Das hatten die Regierungsparteien CDU und SPD zwar vor der letzten Landtagswahl angekündigt, danach aber wieder »vergessen«, dass sie das Saarland zur bundesweiten »Impulsgeberin« für Entlastung machen wollten. Auf die Tagesordnung des Ministertreffens ließ die saarländische Gesundheitsministerin Monika Bachmann (SPD) jedenfalls lieber patientenfreundliche Beipackzettel und Lieferengpässe in der Medikamentenforderung setzen.

Der Impuls kommt daher direkt aus den Krankenhäusern: Seit Dienstag streiken auch Beschäftigte der Universitätskliniken Düsseldorf, die zu den größten medizinischen Zentren in Nordrhein-Westfalen zählen. Sie befinden sich seit Monaten in einem lokalen Tarifkonflikt, in dem es um mehr Personal und einen Haustarifvertrag für Beschäftigte in den Tochtergesellschaften geht. Bessere Pflege war ebenfalls Thema eines Warnstreiks im Klinikum Niederlausitz am Montag, eine Protestkundgebung für gerechte Entlohnung wird am Donnerstag folgen. In Berlin schließlich wurden dem Senat am Dienstag die Unterschriftenlisten des Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus überreicht – das Thema Pflege hat längst eine breite Öffentlichkeit erreicht. Denn der gegenwärtige Notstand brennt nicht nur den Beschäftigten unter den Nägeln. Patienten sind immer häufiger mit Wartezeiten und ausfallenden Leistungen in den Kliniken konfrontiert; Mediziner können ihre Behandlungs- und Operationspläne nicht realisieren. Von der Bundesregierung werden diese Probleme eingestanden, die bisherigen Lösungsansätze wirken jedoch halbherzig. Die schleppenden Reformen resultieren zu einem Teil aber auch aus der Struktur des Gesundheitswesens selbst, in dem Themen wie die Festlegung von Personaluntergrenzen der Selbstverwaltung zugeordnet wurden – also Krankenhäusern und gesetzlicher Krankenversicherung.

Können nicht mehr: Beschäftigte an der Uniklinik Düsseldorf Foto: dpa/Roland Weihrauch

Erste Versprechungen der Bundesregierung, zusätzliche Stellen in der Altenpflege zu finanzieren, reichen allein nicht aus. Denn wie in der Krankenpflege sind diese Arbeitskräfte nicht vorhanden. Auch Rückkehrprämien werden wenig Effekt zeigen. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung fordert in einer aktuellen Studie daher eine Aufwertung sozialer Berufe, um dem Pflegenotstand zu begegnen. Dabei steht mit an vorderster Stelle, die Stundenlöhne für Fachkräfte als auch für Helfer*innen anzuheben. Für alle Beschäftigten liegt dieser Lohn bundesweit im Mittel bei 16,97 Euro, während examinierte Kräfte in der Altenpflege im Mittel 14,24 Euro verdienen, in der Krankenpflege 16,23 Euro. Helfer*innen kommen auf höchstens 11,49 Euro.

Die Stiftung weist darauf hin, dass fehlende Pflegekräfte die Betroffenen und ihre Angehörigen auf das »familienbasierte« System zurückwerfen, indem viel Arbeit scheinbar kostenlos von Verwandten und Freunden übernommen, zugleich andere Erwerbstätigkeit blockiert wird. Zu den Forderungen der Arbeitsmarktforscher wie auch der streikenden Klinikbeschäftigten gehört daher die Durchsetzung von Tarifverträgen, die Förderung von Vollzeitarbeit statt Teilzeit sowie bessere Qualifizierungsmöglichkeiten für Hilfskräfte.

Polizeigesetz verschoben

NRW-Innenminister will nachbessern

Düsseldorf. Nach massiver Kritik will der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) das umstrittene neue Polizeigesetz nachbessern. Die von Experten vorgeschlagenen Verbesserungen würden kritisch geprüft, sagte eine Sprecherin des Ministeriums am Dienstag. Reul wollte der CDU-Fraktion daher am Dienstag vorschlagen, das Polizeigesetz erst nach der Sommerpause zu verabschieden. Bei einer Anhörung hatten Juristen, Datenschützer und Menschenrechtler aber große verfassungsrechtliche Bedenken gegen einzelne Maßnahmen geäußert.

Das Gesetz erweitert die Befugnisse der Polizei schon bei drohender Gefahr. Unter anderem sollen die elektronische Fußfessel, Schleierfahndung, WhatsApp-Überwachung und bis zu einem Monat Polizeigewahrsam für terroristische Gefährder ermöglicht werden. Zweifel an der Rechtssicherheit gibt es unter anderem bei der Verlängerung des Polizeigewahrsams auf bis zu einen Monat. *dpa/nd*